

Die Zitrone ist ausgepresst

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **82 (2007)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-717960>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Zitrone ist ausgepresst

Eindringlich warnten am 13. September 2007 im Unternehmerforum Lilienberg Ständerat Hermann Bürgi und die Divisionäre Peter Stutz und Jakob Baumann davor, der Armee finanziell noch mehr Mittel zu entziehen: Die Zitrone ist ausgepresst.

Peter Stutz, Chef des Führungsstabes, legte dar, was mit dem vorhandenen Geld zu erreichen ist: «Würden nur noch Subsidiäreinsätze durchgeführt, würden diese pro Jahr rund 1,8 Milliarden Franken kosten. Eine Raumsicherungsarmee kostet rund 4 Milliarden und eine Verteidigungsarmee etwa 4,8 Milliarden.»


Heute bewege sich die Armee im Bereich von 3,8 bis 3,9 Milliarden: «Da muss mir keiner sagen, dass man eine Verteidigungsarmee aufstellen kann.»

Nur 15 Prozent Durchdiener

Jakob Baumann, Chef des Planungsstabes, machte deutlich: «Für 4 Milliarden pro Jahr erhalten wir eine Raumsicherungsarmee und einen Aufwuchskern für Verteidigung. Eine komplett ausgerüstete Armee kostet 5 Milliarden. Würden wir wie Israel rüsten, kostete das 15 bis 20 Milliarden.»

Dezidiert wandte sich Baumann gegen die Verdoppelung der Durchdiener: «1000 Durchdiener sind 6000 WK-Soldaten im Jahr weniger. Wenn man doppelt so viele Durchdiener will, 6000 statt 3000, dann sind das 18 000 aktive Soldaten weniger.»

Konsolidieren

Ständerat Hermann Bürgi, Präsident der sicherheitspolitischen Kommission, warnte vor Reformitis: «Die Armee muss sich konsolidieren. Die Armee XXI muss inklusive Entwicklungsschritt umgesetzt werden. Wir dürfen die Armee jetzt nicht schon wieder stören. Wir dürfen nicht innerhalb der Reform schon wieder eine Reform anstreben. Es braucht grosse Arbeit, den Milizgedanken hochzuhalten.» *fo.* 



Peter Stutz, Chef des Führungsstabes, und Jakob Baumann, Chef des Planungsstabes.



Ständerat Bürgi, Marco Cantieni, Kdt BUSA, und Fritz Treib, Cantienis Stellvertreter.

Gegen Weber-Initiative

Peter Stutz: «Sollte Franz Webers Initiative gegen die Jet-Fliegerei durchkommen, müsste man fragen: Soll nur noch über Andelfingen geflogen werden? Die Einsatzbereitschaft der Luftwaffe wäre nicht mehr gewährleistet. Wir sind auf die Sicherung des Luftraums angewiesen. Wir müssen üben können.» *fo.*

Miliz muss liefern

Nochmals Stutz: «Jeder will Oberst werden, niemand will arbeiten. Der Einzelne muss sich einbringen, die Gesellschaft muss es anerkennen, die Wirtschaft muss es mittragen und die Partnerin muss einverstanden sein. Es genügt nicht, das Milizsystem zu beschwören.» *fo.*

Demographie

Jakob Baumann: «Die Demographie zeigt: Wir leben über unsere Verhältnisse. Die Zahl der 20-jährigen Schweizer nimmt ab. Wenn wir den Anteil der zu Rekrutierenden nicht verändern, dann sinkt die Zahl der Rekruten, die in die Armee gelangen. Der Knick tritt ab dem Jahr 2011 ein.» *fo.*